

1. Italien: Monti will gegen Frächterprotest vorgehen

Die italienische Regierung will gegen den Frächterprotest vorgehen, der seit Mitte Jänner Italien schwer belastet. „Wir begreifen den Protest, das Streikrecht muss respektiert werden, doch man darf nicht gegen das Gesetz verstoßen“, sagte Regierungschef Mario Monti.

Er reagierte somit auf einen Appell der EU, die sich über die Lage in Italien besorgt zeigte. EU-Kommissar Antonio Tajani führte mit Innenministerin Anna Maria Cancellieri ein telefonisches Gespräch, in dem er vor den Folgen der Proteste für den Güterverkehr in Europa warnte. Viele Lastwagen nutzten die Routen durch Italien, sagte Tajani.

Engpässe bei Rohstofflieferungen

Die Lkw-Fahrer setzten ihren Protest fort, den sie bis Ende Jänner weiterführen wollen. Supermärkte und Unternehmen bekommen die Folgen des Protests zu spüren. Wegen Engpässen bei der Lieferung von Rohstoffen musste die Produktion in den Fabriken des Autoherstellers Fiat in ganz Italien gestern eingestellt werden. Der Kaufleuteverband Confcommercio warnte, dass es zu Problemen bei der Lieferung von Lebensmitteln kommen könnte.

Drei Lkw-Fahrer, die auf Sizilien die Fahrzeuge von Kollegen beschädigt hatten, die sich nicht dem Protest anschließen wollten, wurden festgenommen. Auf Sizilien war es in den vergangenen Tagen zu Handgreiflichkeiten unter Lkw-Fahrern gekommen.



Quelle: www.orf.at